

GERHARD WEIGT

DEMO KRATIE JETZT

Der schwierige Weg
zur deutschen Einheit



Demokratie jetzt

Gerhard Weigt

DEMO KRATIE JETZT

Der schwierige Weg zur deutschen Einheit.
Ein Zeitzeuge berichtet



EVANGELISCHE VERLAGSANSTALT
Leipzig

Gerhard Weigt, Dr. rer. nat., wurde 1938 als Sohn deutscher Eltern in Polen geboren. Er besuchte die Schule in Mecklenburg, studierte Physik in Rostock, war beruflich tätig in der mathematisch-physikalischen Grundlagenforschung des Instituts für Hochenergiephysik der ehemaligen Akademie der Wissenschaften der DDR, dem späteren DESY-Zeuthen, und schrieb Veröffentlichungen zu Problemen der theoretischen Elementarteilchenphysik. Weigt war Mitbegründer der Bürgerbewegung Demokratie jetzt, Mitinitiator des Zentralen Runden Tisches und Mitautor des Verfassungsentwurfs des Runden Tisches. Er ist verheiratet und Vater zweier erwachsener Kinder.



Bibliographische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2015 by Evangelische Verlagsanstalt GmbH · Leipzig
Printed in Germany · H 7907

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde auf alterungsbeständigem Papier gedruckt.

Gesamtgestaltung: Makena Plangrafik, Leipzig
Coverbild: Foto ohne namentliche Zuordnung aus einer Serie von Bildern der Berliner Zeitung vom 30. Oktober 1989 der Fotografen BZ-Olm/
ZB-Mittelstädt
Druck und Binden: CPI books GmbH, Leck

ISBN 978-3-374-04118-3
www.eva-leipzig.de

Gewidmet

Ludwig Mehlhorn

* 5. Januar 1950; † 3. Mai 2011

Geschrieben für meine Enkel
Friederike, Maximilian, Lisa und Dario

Im Jahr 1989 war der Kommunismus seit langem schon ein erloschener Stern, und das Licht, das wir von ihm empfangen, war nur noch Schatten: ein nächtliches, eisiges Licht.

*Jorge Semprun*¹

.....

¹ Jorge Semprun, „Europas Linke ohne Utopie“, Frankfurt/M. 2003, 174.

Vorwort

Als das vermeintlich so fest gefügte sowjetische Imperium im Jahre 1989 auseinanderbrach, zeigte sich alle Welt überrascht, erstaunlicherweise. Dabei kam dieser Zusammenbruch keineswegs plötzlich. Er verlief vielschichtig und facettenreich. Mit der Berliner Mauer fiel am 9. November nur der Schlussstein des maroden Gebäudes. Selbst Jahrzehnte danach hat dieses Geschehen an Dramatik kaum etwas eingebüßt. Es trug sich damals zu wie ein Wunder, denn die Mauer brach zu derselben nächtlichen Stunde sowohl im Norden Berlins als auch im Süden der Stadt. Und es geschah spontan und gewaltlos, allein durch den unbändigen Willen der Menschen.

In diesem Buch wird der spannungsreiche Niedergang der zweiten Diktatur in Deutschland anhand dokumentierter Zeitgeschichte vorrangig der Jahre 1986 bis 1990 beschrieben. Das geschieht aus der Sicht eines Zeitzeugen und zugleich partiell Beteiligten. Dabei werden Geschichte und Vorgeschichte der aus dem Berliner Raum wirkenden „Bürgerbewegung Demokratie jetzt“ (Dj²) erzählt. Mit dieser thematischen Einschränkung soll der Blick auf das historische Gesamtbild des Geschehens in der DDR aber keineswegs verstellt werden. Es ist vielmehr beabsichtigt, den außerordentlich komplexen und konfliktreichen Hergang punktuell zu erhellen. Dabei wird die realsozialistische Lebenswirklichkeit am Handeln selbstwertbewusster Menschen

.....
² Anstelle des ursprünglichen, aktionsbetonten Dj wurde bald auch der Gebrauch von DJ üblich.

und an ihrem Suchen nach einer lebenswerten Welt dargestellt. Erzählt wird das Werden, das Wachsen und das Reifen von Opposition im System DDR und der Widerstand dagegen. Letztendlich geht es um das Verständnis der mit so ungleichen Mitteln geführten Auseinandersetzung der Opponenten. Widerspruch gab es zunächst vor allem im kirchlichen Raum, aber nicht nur dort. Selbst in der Bevölkerung war er tief verwurzelt. Er war nur nicht so spektakulär sichtbar, und er blieb dort auch lange Zeit nahezu unbemerkt. Er wuchs aber gleichsam wie ein Tsunami, und er riss die anfangs noch kleine Opposition mit sich fort, bis plötzlich die Mauer fiel und am Ende die deutsche Einheit vollzogen war.

„Demokratie jetzt“ war 1989 aus der kirchlichen Initiative „Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung“ entstanden, die sich seit 1987 mit brisanten Anträgen an Synoden der evangelischen Kirche in den von der SED kategorisch beanspruchten politischen Raum gewagt hatte. Gerade diese Vorgeschichte muss erzählt werden, denn ohne sie bliebe das Selbstverständnis von Dj unverstanden. Es ist nicht unwichtig zu erwähnen, dass ich erst seit Mai 1989 zum Initiativkreis „Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung“ gehörte und nur an seinem politischen Wandel zur „Bürgerbewegung Demokratie jetzt“ und an den Aktionen von Dj beteiligt war. Bis dahin hatte ich es vermieden, den kirchlichen Raum politisch zu nutzen. Für das Verständnis und meine Beurteilung dieser Zeit sind meine persönlichen Erfahrungen einer vierzigjährigen DDR-Wirklichkeit maßgebend. Das direkte Erleben, am 13. August 1961 in Berlin einfach eingesperrt und der persönlichen Freiheit weitestgehend beraubt worden zu sein, d.h. über den eigenen Lebensweg nicht mehr selbstbestimmt entscheiden zu können, und der Jahrzehnte währende DDR-Alltag haben mich – wie auch jeden andern im Lande – geprägt. Wohl gemerkt, um eigene Befindlichkeiten geht es hier aber ausdrücklich nicht.

Das Buch versucht anhand von (teils als Dokumente beigefügten) Originalquellen das SED-System strukturell und in seiner alltäglichen Machtausübung verständlicher zu machen, und es wendet sich dabei gegen die vielfältig anzutreffenden Verharmlosungen, Fehldeutungen und auch Fälschungen. Es ist ein Beitrag zur Zeitgeschichte, der vom Geschehen her urteilt. Zum genaueren Verständnis dieses Geschehens wird nach der

Quellenangabe das geschichtliche Umfeld DDR beschrieben, zunächst aus globaler Sicht, um dann die SED-Herrschaft als Folge raffinierter strategischer Planungen der Stalinschen Machtpolitik begreifbar zu machen. Die eigentliche Oppositionsgeschichte beginnt im dritten Kapitel. Sie kann für sich allein gelesen werden. Mit dem geschichtlichen Vorspann soll vor allem dem Leser, der das realsozialistische Regime nicht aus eigenem Erleben erfahren hat, der Zugang zu den komplexen Prozessen erleichtert werden. Beschrieben wird darin, wie ausgeklügelt die sowjetisch geprägte Macht organisiert war, was zwar ihren Bestand garantieren sollte, letztlich aber der Grund für ihren Untergang gewesen ist. – Die Fußnoten dienen der Vereinfachung des Textes, die Referenzen der Nachvollziehbarkeit der Aussagen; Letztere zeigen zuweilen auch, was der Staat von seiner Opposition insgeheim wusste.

Danksagung

Ich danke vor allem dem Personenkreis „Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung“, der mich im Mai 1989 in außerordentlich schwieriger Zeit vertrauensvoll aufgenommen hat. Wirklich kennengelernt habe ich die Einzelnen, trotz intensiven gemeinsamen Engagements, aber erst durch die Recherchen zu diesem Buch. Der Einblick in ihre personenbezogenen Akten, in die privaten und die des MfS, hatte oft vertraute Gespräche zur Folge, und sie haben den Charakter dieses Buches geprägt. Manche von ihnen sind im Text des Buches, in den Fußnoten oder den Referenzen stärker hervorgetreten als andere. Wichtig für das Handeln der kleinen Gruppe waren aber ausnahmslos alle.

Mein Dank gilt der Evangelischen Verlagsanstalt Leipzig, namentlich Frau Dr. Annette Weidhas, die sich ohne Zögern für die Publikation des eingereichten Manuskripts ausgesprochen und Herrn Friedemann Richter als Lektor eingebunden hat, der sich auf das Buch einließ und mit dem mich eine fruchtbare und harmonische Zusammenarbeit verband, für die ich ihm dankbar bin.

Besonders gedankt sei auch der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz für den gewährten Druckkostenzuschuss.

Über lange Zeit stand mir Ludwig Mehlhorn in seiner zurückhaltenden, die Dinge aber immer klar benennenden Art Rede und Antwort. Das betrifft vor allem die frühe Zeit des Werdens und Wachsens von Opposition, und er hat das Manuskript noch bis zum 5. Kapitel lesen können. Ihm ist dieses Buch gewidmet. Bis zum Abschluss meiner Recherchen habe ich dann wieder und

wieder Stephan Bickhardt befragt, auch Hans-Jürgen Fischbeck sowie zu spezielleren Fragen ungenannt die anderen. Außerordentlich hilfreich, wahre Schatzgruben für meine Recherchen waren dabei die mit Daten überfüllten Taschenkalender der Jahre 1989 und 1990 von Hans-Jürgen Fischbeck. Ergänzendes fand ich im Kalender des Jahres 1989 von Wolfgang Ullmann.

Ich bin all jenen dankbar, die mir beim Zugang zu den verschiedenen Archiven behilflich waren:

- Die Materialien zum geschichtlichen Vorspann haben Frau Evelyn Fieder und Frau Carola Guse von der Bibliothek des Instituts DESY-Zeuthen, meiner vormaligen Arbeitsstätte, besorgt.
- Bei der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO) waren Ratschläge von Frau Sylvia Gräfe und Frau Ute Räuber hilfreich.
- Ich danke Frau Monika Keller vom Archiv Bürgerbewegung Leipzig e.V., die mir den Zugang zu den privaten Sammlungen der achtziger Jahre von Stephan Bickhardt ermöglichte.
- Das Evangelische Zentralarchiv und das Evangelische Landeskirchliche Archiv, beide in Berlin, habe ich für spezielle, auf kirchliches Handeln bezogene Fragen genutzt.
- Die umfangreichsten Nachforschungen erfolgten in den Archiven des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU). Hier sei Frau Iris Winkler genannt, die den schwierigen Anfang meines Forschungsprojekts „Zur Geschichte der Bürgerbewegung Demokratie jetzt“ betreute. Die auch in der Vielfalt zunehmenden Recherchen der letzten Jahre hat Herr Carsten Repke umsichtig begleitet.

Dem Zeithistoriker und Soziologen, Herrn Prof. Dr. Manfred Wilke, danke ich für Hinweise bezüglich zeithistorischer Fakten.

Noch vor dem Lektorat ist das Manuskript von meiner Tochter gelesen worden, die im Herbst 1989 mit der „Initiativgruppe Studentenvertretung“ (IG StuVe) an der Humboldt-Universität zu Berlin selbst in der Opposition aktiv gewesen ist, und gleichzeitig wurde es von Michael Bartoszek, Stephan Bickhardt, Hans-Jürgen Fischbeck und Konrad Weiß durchgesehen.

Mein besonderer Dank gilt meiner Frau, ohne deren stete Hilfe das Buch nicht so geworden wäre.

Inhalt

1. Die Quellen	18
2. Betrachtungen zum geschichtlichen Umfeld	23
2.1 Spurensuche nach den Ursachen für das Ende des Sozialismus sowjetischer Prägung.....	23
2.2 SED-Herrschaft als Folge früher strategischer Planungen der Moskauer KPD-Führung	37
2.2.1 Die Babylonische Gefangenschaft der KPD in der Komintern	38
2.2.2 Vorbereitungen der KPD auf die Regierungsübernahme im Nachkriegsdeutschland	43
2.3 Im Auftrage Stalins „Tatsachen schaffen“	50
2.3.1 Konsolidierung des kommunistischen Systems in der sowjetisch besetzten Zone	57
2.3.2 Mit tschekistischer Hilfe auf dem Weg zur allumfassenden Herrschaftssicherung	60
2.4 Diktatur des Proletariats, Anspruch und Wirklichkeit	63
3. 25 Jahre Mauer sind genug	69
3.1 Ein Briefwechsel der Berliner Bischöfe anlässlich des 25. Jahrestags des Mauerbaus und eine zukunftsweisende Widerrede	70
3.1.1 Die Aktion Sühnezeichen und der polnische Geheimdienst	80
3.1.2 Die Suche nach einem politischen Friedensbegriff	92
3.1.3 Politische Opposition in statu nascendi.....	102

3.2	Politische Justiz als Seismograph für die Handlungssouveränität der SED	106
4.	Der Synodalantrag „Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung“	119
4.1	Wahrung der Menschenrechte als Kern gesellschaftlicher Selbstverteidigung	122
4.2	Der Synodalantrag: Weltpolitik in bescheidene Worte kleiden	129
4.3	Der Synodalantrag vor dem Gemeindegemeinderat von St. Bartholomäus	137
4.4	Der Synodalantrag vor der Provinzialsynode von Berlin-Brandenburg	139
4.5	„Weißenseer Arbeitskreis“, „Weißenseer Blätter“ und DDR-„Meinungsfreiheit“	142
5.	Der Initiativkreis „Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung“	154
5.1	Gründung und erste Aktionen des Initiativkreises	154
5.2	Die Görlitzer Bundessynode als Zäsur im Verhältnis von Kirche und Staat	157
6.	Der Beginn einer innenpolitisch konfliktreichen Zeit in der DDR	161
6.1	Eine politische Nachlese zur Görlitzer Bundessynode	162
6.2	Die Macht zeigt sich brüchig	166
6.2.1	Das Seminar „Abgrenzung und Öffnung“ in Oranienburg	166
6.2.2	„Aktion Falle“, die Durchsuchung der Umwelt-Bibliothek	169
6.2.3	Die Liebknecht-Luxemburg-Demonstration am 17. Januar 1988	171
6.2.4	Nebenbemerkung: „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“	172
6.3	Bemerkungen in eigener Sache	179
6.4	Die Ökumenische Versammlung stellt sich den Herausforderungen	183
6.5	NEUES HANDELN braucht das Land	193

7.	Das sozialistische Weltlager ist in Bewegung	201
7.1	Die Farce der Kommunalwahlen	201
7.2	Die Wahlfälscher in Bedrängnis	204
7.3	Kein himmlischer Frieden, nirgends	210
7.4	Der Geist des Wandels lag in der Luft – ein Blick nach Polen	212
7.5	Offene und verschlossene Türen im gemeinsamen europäischen Haus	224
7.5.1	Die ungarische Kommunistische Partei zieht die nationale Karte	225
7.5.2	Die letzten Freunde Honeckers	228
8.	Ein nicht ganz gewöhnlicher Sommer in der DDR	230
8.1	In gespenstischer Ruhe wächst das Fernweh der Ostdeutschen, und sie reisen	230
8.2	Gorbatschow lässt Kohl träumen, aber die Wirklichkeit ist nicht so	237
9.	Die Sprengkraft der deutschen Frage	243
10.	Eine neue Zeitrechnung beginnt	250
10.1	13. August 1989: „Die DDR-Opposition geht an den Start“	252
10.2	Das System reagiert, die Betroffenen auch	259
10.3	Die deutsche Einheit kommt ins Spiel.....	268
10.4	Partei und Staatssicherheit agieren orientierungslos	271
10.5	12. September 1989: Die „Bürgerbewegung Demokratie jetzt“ gründet sich	275
10.6	Die Bundessynode in Eisenach mischt sich ein	281
11.	Flucht und Widerstand	288
11.1	Die Opposition formiert sich unerwartet vielfältig	288
11.2	Die SED bleibt in den Strukturen des Demokratischen Zentralismus gefangen	291
11.3	Rettungsversuche von Politbüro und MfS	299
11.4	Der Opposition verbleibt nur wenig Zeit für ihren Lernprozess	305
11.4.1	Im Schutze der Straße übt jeder erst einmal für sich allein	306

11.4.2 Die Kommunikation mit dem Bürger beginnt zaghaft	315
11.4.3 Das Spiel mit der Konspiration	318
11.4.4 Nicht der „Demokratische Aufbruch“, die Kontaktgruppe konstituiert sich	320
12. Noch war der Einfluss der Straße größer.....	324
12.1 Bürgerkriegsähnliche Zustände in Dresden	324
12.2 Das „Jubiläum 40“ gerät zur Tragikomödie	328
12.3 Leipzig am 9. Oktober: Die Friedliche Revolution wird geboren	333
13. Bürgerbewegung „Demokratie jetzt“ als außerparlamentarische Opposition	340
13.1 Die Zeitung der Bürgerbewegung	340
13.2 Der hinderliche Führungsanspruch der SED	342
13.3 27. Oktober 1989: Aufruf zum Volksentscheid	349
13.4 Chaos in der DDR.....	352
13.5 „Das tritt nach meiner Kenntnis ... ist das sofort, unverzüglich.“	354
14. Die Mauer ist weg – und was nun?	355
14.1 10. November 1989: Die Kontaktgruppe lädt zum Runden Tisch	355
14.2 Strategieversuche der SED	357
14.3 Der Sieg des Sisyphos	360
14.3.1 Zwei entscheidende Ereignisse	361
14.3.2 Kirche und Kontaktgruppe handeln gemeinsam	363
14.3.3 Dimitroffs Zauberformel versagt ihren Dienst	365
14.3.4 Der Runde Tisch tagt, ohne das Volk	368
15. Das verdrängte Erbe der Friedlichen Revolution	390
16. Nach getaner Arbeit	402

ANHANG	403
Dokumente	404
Referenzen	483
Biogramme der Gründungsmitglieder von „Demokratie jetzt“	506
Abkürzungen	509
Personenregister	511

1 Die Quellen

In einer Diktatur findet oppositionelles Handeln in einer Gruppe weitgehend abgeschirmt von der Öffentlichkeit statt. Das geschieht nicht nur aus Gründen der Sicherheit der beteiligten Personen, paradoxerweise kann das sogar die Chancen des erstrebten Erfolges befördern. Dieses Vorgehen setzt nicht nur unbedingtes persönliches Vertrauen unter allen ihren Mitgliedern voraus, sondern absolute Verlässlichkeit und Verschwiegenheit. Deshalb sind aussagefähige schriftliche Quellen zu den Aktionen selbst und über deren Zustandekommen rar. Manche Botschaften standen gar „zwischen den Zeilen“. Sie wurden von den Absendern sicherheitshalber „verpackt“, von den Adressaten sind sie aber sehr wohl verstanden worden. Das hat Außenstehende freilich zu irritieren vermocht. – Und es gibt überdies auch keine dem Ministerium für Staatssicherheit (MfS) aus der Gruppe selbst gelieferten Berichte, denn Dj hatte als einzige der größeren, politisch aktiven Gruppen keine inoffiziellen Mitarbeiter des MfS (IM) in ihren Reihen. Soweit jedenfalls war diese Oppositionsgruppe in ihren Aktionen eigenständig.

Falls sich Quellen auf die persönliche Sphäre von Akteuren beziehen, hat die Wahrung von Persönlichkeitsrechten gegenüber einer detailgetreuen Berichterstattung natürlich immer Vorrang. Das trifft jedoch nicht auf die Namen von Personen der Zeitgeschichte zu und ebensowenig auf deren geschichtsträchtiges Wirken, wenn es sich für das Verständnis der hier betrachteten historischen Zusammenhänge als unbedingt notwendig erweist.

Als Quellen dienten Akten aus privaten Beständen von Akteuren,³ teils Samisdat-Schriften⁴ aus ihrer Hand, ihre freigegebenen personenbezogenen Akten des MfS sowie klärende Gespräche mit einigen von ihnen. Bloße Erinnerungen wurden dabei nur sehr bedingt zu Rate gezogen. Genutzt wurden zudem Akten des MfS selbst sowie Akten der „Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv“ (SAPMO). Letztere sind dem Zentralkomitee der SED (ZK), hier seinem Politbüro und der Abteilung Kirchenfragen, sowie dem Staatssekretariat für Kirchenfragen zugeordnet.

Von mir einst erstellte Radio-Mitschriften westlicher Sender erwiesen sich ebenfalls als hilfreich, das damalige Geschehen zeitnah zu bewerten.⁵ Sie beginnen in der Nacht vom 24. zum 25. November 1987 mit der Aktion des MfS gegen die in den Gemeinderäumen der Zionskirche arbeitende Umwelt-Bibliothek und enden Mitte Oktober 1989. Die DDR-Führung zeigte damals sowohl innen- wie auch außenpolitisch deutlich sichtbar Schwäche. Das nährte meine Hoffnung auf gesellschaftliche Veränderungen in der DDR, die ich dokumentieren wollte. Ich erwartete zu jener Zeit, dass das Land kontrolliert geöffnet werden würde, um sich der wirtschaftlichen Schwierigkeiten erwehren zu können, die mit den bis dahin geübten Praktiken m.E. nicht mehr beherrschbar waren. Ich dachte dabei aber nicht an eine große politische Bewegung oder gar an den schnellen Fall der Mauer. Die Stimmung der Menschen zu jener Zeit war eher resignativ. Niemand hätte es sich damals vorstellen können, dass derart dramatische Ereignisse geschehen könnten und dass die

.....

³ Benutzt wurden die Akten von Stephan Bickhardt aus dem „Archiv Bürgerbewegung Leipzig“ und die von Hans-Jürgen Fischbeck, Ulrike Poppe und Wolfgang Ullmann aus dem Archiv der „Havemann-Stiftung Berlin“. Der Bestand Bickhardt gibt dabei den umfassendsten Überblick zur Geschichte der Friedens- und Oppositionsbewegung des letzten Jahrzehnts der DDR. Darüber hinaus wurden private Akten von Ludwig Mehlhorn und weitere aus den privaten Beständen von Michael Bartoszek, Wolfgang Apfeld, Konrad Weiß sowie auch eigene benutzt. Biogramme der Akteure von Dj befinden sich am Ende des Buches.

⁴ Samisdat bezeichnet die inoffizielle Herstellung sowie Verbreitung nicht systemkonformen Schrifttums schon im zaristischen Russland, in der Sowjetunion und auch in den anderen realsozialistischen Ländern.

⁵ Sie erzählen auch, welche Informationen der Einzelne haben konnte, welchen Einflüssen er ausgesetzt war.

Sowjetunion diese auch noch tolerieren würde. Diese Einschätzung galt, auf die DDR bezogen, auch unter Gorbatschow⁶ bis weit in das Jahr 1989 hinein.

Als Nicht-Historiker werde ich das Geschehen natürlich nicht fachspezifisch behandeln, und ich werde mich auch nicht genauer mit der Literatur auseinandersetzen. Ohne aber einer historischen Wertung vorgreifen zu wollen, gehe ich davon aus, dass mit der gewählten dokumentarischen Beschreibung von Handlungen ausgewählter Akteure wesentliche Aspekte der Zeitgeschichte richtig wiedergeben werden. Die genutzten Dokumente könnten zudem als Bereicherung unseres Wissens über das noch ungenügend bekannte Faktenmaterial dienen. Es wird gezeigt, wie das revolutionäre Geschehen durch das Zusammenspiel von Personen, Gruppen und der oft unabhängig, aber massenhaft agierenden Bevölkerung verlaufen ist, denn alle diese Akteure waren durch ihre Lebenserfahrungen und durch den von Ost-Mitteleuropa ausgehenden Zeitgeist des Herbstes 1989 motiviert und haben sozusagen mit „kollektivem Bewusstsein“ gehandelt.^[1] Dabei war die kleine und auch nur heterogen organisierte Opposition zunächst Katalysator und dann Zündfunke für das revolutionäre Geschehen. Erst das alles zusammen machte den unerwarteten Erfolg dieser emanzipatorischen Bewegung möglich.

Die personenbezogene Darstellung jüngsten historischen Geschehens mag vom Historiker kritisch bewertet werden. Doch bietet ihm die Auseinandersetzung mit dem aktiven Zeitzeugen auch die Chance, Geschichte wirklichkeitsnah zu erzählen, denn schließlich ist sie nicht unwesentlich das Werk solcher Menschen. Die unterschiedliche Sozialisation der Mitglieder von „Demokratie jetzt“, d.h. ihr jeweiliger Familienhintergrund, die Arbeitswelt, die persönliche Interessenlage, die Freunde und überdies die vielseitigen und teils vertrauensvollen Beziehungen zu den Akteuren der anderen Gruppen, machen selbst eine so kleine Gruppe wie Dj zu einem repräsentativen Abbild der Lebenswirklichkeit. Das gilt insbesondere, wenn es nicht um das ganz normale Leben in der DDR, sondern ausdrücklich um die

.....
⁶ Michail S. Gorbatschow (*2.3.1931), 1985–1991 Generalsekretär der KPdSU, 1990/91 Präsident der SU.

hier behandelten, politisch bedingten Schwierigkeiten mit ihm geht.

Ich werde für meine Untersuchungen aus dem besagten Zeitfenster von 1986 bis 1990 nur einen „vagabundierenden Blick“⁷ wagen. Zeitliche Rückblenden sind dabei nicht ausgeschlossen, zum Verständnis sind sie oft sogar nötig. Für eine umfassendere Behandlung dieses komplexen Geschehens wären die Lebensgeschichten mancher Akteure für die Geschichtsforschung von außerordentlicher Bedeutung. Aufschlussreiche Details würden nicht nur deren Handlungsmaximen verständlicher machen. Es würde auch das fein gesponnene Netz persönlicher Bindungen sichtbar werden, ohne das eine konspirativ arbeitende Opposition im Überwachungsstaat DDR erst gar nicht hätte wachsen können. Dazu gehört auch die äußerst sensible grenzüberschreitende Kommunikation nach Ost und nach West. Die Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“^[2] erzählen davon. Ich werde mich auf diese meist auf Erinnerungen von Zeitzeugen bauenden Aussagen jedoch nicht berufen.

Die mir zugänglichen Archive einzelner Akteure dieser Zeit zeigen weitaus deutlicher und eindrucksvoll lebensnah deren oft existenziell bedingten, geradezu kämpferischen Einsatz, nicht nur für das Recht der Menschen auf Freiheit und Selbstbestimmung; sie dokumentieren zugleich Ursachen und Symptome einer an Unfreiheit kranken Gesellschaft; sie zeigen, wie Texte entstanden sind, wie um sie gerungen wurde, wie Opposition wuchs und handelte. Diese Archive zeigen auch, dass die Bindung an eine Gruppe selbstverantwortete eigene Aktionen Einzelner keinesfalls ausschloss. Letztere motivierten nicht selten die ganze Gruppe. Ein Gesamtbild des Geschehens ergibt sich aber erst durch Zusammenfügen der vielen, nur selten vollständig gegebenen Fakten. Die ganze komplexe Wirklichkeit lässt sich selbst dann nur schwer erahnen, denn sie wird von jedem Einzelnen, bedingt durch dessen eigene Lebenserfahrungen, auch noch unterschiedlich wahrgenommen.

Die Machtstrukturen des realsozialistischen Systems DDR, der geschichtliche Prozess ihrer Planung durch die kommunistischen Eliten im Moskauer Exil bereits vor Ende des Zweiten

.....

7 Ein Begriff der Sozialforschung.

Weltkrieges, die Übernahme und der Ausbau der Macht in den von der Roten Armee eroberten Ländern Ost-Mitteleuropas und auch deren kategorische Verteidigung gegen alle „konterrevolutionären“ Versuche, gesellschaftliche Veränderungen zu erreichen, sind vom „Forschungsverbund SED-Staat an der Freien Universität Berlin“ detailliert beschrieben worden. Weil das in diesem Buch behandelte Geschehen erst vor diesem Hintergrund wirklich verstanden werden kann, werde ich mich in den geschichtlichen Vorbetrachtungen ausführlich auf diese Materialien berufen. Man sollte wissen, dass das System DDR als Vasallenstaat der Sowjetunion bereits vor Kriegsende geplant war und dass die DDR bis zum Zusammenbruch ein solcher Vasallenstaat grundsätzlich gewesen ist.

Schließlich muss das schwierige Verhältnis zwischen der evangelischen Kirche in der DDR und dem Staat als ein bedeutsamer Faktor der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen beachtet werden. Dieses war nicht unabhängig von den oft drängenden Aktionen der auf kirchlichen Schutz bauenden Gruppen, und es kulminierte im September 1987 infolge der Görlitzer Bundessynode, nicht zuletzt wegen der teils kontrovers geführten Diskussionen um den Synodalantrag „Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung“. Die vielfältigen staatlichen Vorbereitungen auf diese Synode durch die Arbeitsgruppe Kirchenfragen beim ZK der SED, in der Dienststelle des Staatssekretärs für Kirchenfragen, durch das MfS, in den Bezirken und Kreisen der DDR, bei der Ost-CDU sowie in den kirchlichen und publizistischen Einrichtungen sind akribisch durch Anke Silomon in „Synode und SED-Staat“^[3] beschrieben worden, so dass an geeigneter Stelle darauf verwiesen werden kann.

2 Betrachtungen zum geschichtlichen Umfeld

2.1 Spurensuche nach den Ursachen für das Ende des Sozialismus sowjetischer Prägung

Geschichte detailliert nach Ursache und Wirkung bewerten zu wollen, ist sicher ein unlösbares Unterfangen. Deshalb konnte von den Sozialwissenschaften auch nicht erwartet werden, dass sie die komplexen, sich selbst dynamisierenden Gesellschaftsprozesse des Jahres 1989 konkret hätten vorhersagen können. Es verwundert aber, dass nicht einmal seitens der Osteuropa-Institute, die sich mit der Analyse der realsozialistischen Länder befassten, diesbezügliche Vermutungen bekannt sind. Selbst Jürgen Habermas⁸ traf mit seinem Begriff der „nachholenden Revolution“ auch im Nachhinein nicht den Kern der Dinge, obwohl er als Repräsentant der „Frankfurter Schule“⁹ gilt, die mit der Grundaussage ihrer „Kritischen Theorie“ für sich in Anspruch nahm, mit der „Kritik gesellschaftlicher Zusammenhänge“ zugleich auch „die Totalität gesellschaftlicher Verhältnisse und die Notwendigkeit ihrer Veränderung begrifflich zu durchdringen“. Vom Geschehen überrascht waren sie dann alle. Allein deshalb

.....
⁸ Jürgen Habermas (*18.6.1929), Philosoph, Vertreter der nachfolgenden Generation der „Kritischen Theorie“.

⁹ Eine Gruppe von Wissenschaftlern des 1924 in Frankfurt am Main eröffneten Instituts für Sozialforschung, dessen „Kritische Theorie“, von Hegel, Marx und Freud ausgehend, die gesellschaftlichen Bedingungen der Theoriebildung untersuchte. Vertreter: M. Horkheimer, Th. Adorno, H. Marcuse, J. Habermas u.a.

sollte das über die Opposition der DDR so leicht gefällte Urteil milder ausfallen, sie sei auf den Niedergang des sowjetischen Systems nicht hinreichend vorbereitet gewesen, habe weder für den Umbruch noch für ihr politisches Wirken danach detaillierte Programme vorweisen können und eigentlich nur eine bessere DDR gewollt. Unbestreitbar bleibt, dass sie zur rechten Zeit gehandelt hat und unzählige Menschen zu revolutionärem Tun motivierte. Und das tat sie durchaus bewusst, und sie versuchte in ihrer nur kurz bemessenen Aktionszeit, der dramatisch sich ändernden politischen Situation entsprechend, auch zielorientiert zu handeln. Hier mag daran erinnert sein, dass die Französische Revolution seinerzeit ein volles Jahrzehnt gebraucht hat, um das epochale Ereignis zu werden, als das sie noch heute gefeiert wird.

Jedenfalls war der Verfall des realen Sozialismus erkennbar. Das rief in diesen Ländern viele Menschen auf den Plan, die nicht nur widersprachen, sondern auf Änderungen der Zustände drangen. In der DDR waren es meist kleine kirchliche Gruppen, die ihre Gesellschaftskritik zunächst an konkrete Problemfelder banden, an den Frieden, die Umwelt oder an die Menschenrechte. Selbst das wurde staatlicherseits beargwöhnt, sogar als politische Einmischung verstanden und zudem vielfältig geahndet. Obwohl viele dieser Gruppen, kirchliche wie nichtkirchliche, DDR-weit vernetzt waren, sahen sie bis weit in den Spätsommer des Jahres 1989 ihre Aufgabe nicht in einer gemeinsamen, auf gesellschaftspolitische Veränderungen zielenden, zentral organisierten Zusammenarbeit. Dazu fehlte ihnen der politische Wille.¹⁰ Für die Dynamik der Ereignisse des Herbstes 1989 war dieses zurückhaltende Agieren der Gruppen^[4] geradezu kontraproduktiv. Man sollte aber auch die machtpolitischen Konstellationen genauer kennen, die seinerzeit in der kommunistischen Welt herrschten, um sachgerecht urteilen zu können. Das vorliegende Buch hat sich das zur Aufgabe gemacht, und dieses 2. Kapitel dient der Vorbereitung.

Allein schon die Existenz einer politischen Opposition in den Ländern des Ostblocks und in der Sowjetunion selbst war sichtbarer Machtverlust ihrer bis dahin totalitär herrschenden Eliten.

.....
¹⁰ Ludwig Mehlhorn am 28. Februar 2011: „Sie waren nicht bereit, ihre eigene Autonomie aufzugeben.“

Auch wenn dieser Zustand und ebenso die äußerst desolante Wirtschaftslage dieser Länder weder von den Politikern des Westens noch von den verschiedenen Experten als systembedrohend verstanden wurden, hätte doch die gleichfalls offensichtliche hegemonale Schwäche der sich bis dahin so selbstbewusst gebenden Weltmacht UdSSR zumindest Fragen nach der Stabilität ihres Imperiums aufwerfen müssen. Die Zentrifugalbewegungen im sowjetischen Herrschaftsbereich, die durch die Gesellschaftsveränderungen der achtziger Jahre in Polen und Ungarn bereits deutlich sichtbar geworden waren, wiesen jedenfalls auf mögliche Veränderungen hin. Die Geschichte hält aber auch Gründe bereit, die vermuten lassen, warum das Sowjetsystem so wenig überlebensfähig gewesen ist und seine Satelliten sich schließlich haben befreien können.

Genaugenommen war die Oktoberrevolution 1917 in Russland eine Konterrevolution, mit der die seit der Februarrevolution in „Doppelherrschaft“ mit den basisdemokratischen Petrograder Arbeiter- und Soldatenräten regierende provisorische Duma-Regierung, die selbst eine Konstitution anstrebte, gewaltsam vertrieben wurde. Die Bolschewiki¹¹ hatten damit die in Russland gerade erst begonnene liberale Gesellschaftsentwicklung unterbunden und diese, ganz in der Tradition des eben erst gescheiterten Zarismus¹⁵, wiederum durch eine autokratische Ordnung ersetzt. Dabei wurde die Herrschaft der Bolschewiki nach dem Leninschen Prinzip des „Demokratischen Zentralismus“, dem Leninismus,¹² organisiert, die bisherige Erbfolge Russlands

.....
¹¹ Bolschewiki nannte sich die auf dem Londoner Parteitag 1903 entstandene Mehrheits-Fraktion der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands, die nach W. I. Lenins Vorstellungen den Sozialismus als „Diktatur des Proletariats“ mittels einer von Berufsrevolutionären straff organisierten „Partei neuen Typs“ durch Revolution verwirklichen wollte.

¹² Nach dem von Wladimir Iljitsch Lenin (22.4.1870–21.1.1924) 1902 in „Was Tun“ entwickelten Führungsprinzip kommunistischer Parteien „Neuen Typs“ wurde das Führungspersonal von Partei und Staat zwar von unten nach oben gewählt, dessen Auswahl erfolgte jedoch von oben nach unten, und Beschlüsse der höheren Organe waren für die unteren bindend. Lenin nannte dieses Führungsprinzip zunächst „bürokratischer Zentralismus“, veredelte es aber bald zum „demokratischen Zentralismus“. Josef Wissarionowitsch Stalin (18.12.1878–5.3.1953) nannte diesen zur Täuschung Marxismus-Leninismus, dessen despotischer, aber immer noch systemimmanenter Gebrauch der Stalinismus war. Lenin regierte Sowjetrußland/die Sowjetunion von 1917 bis 1924, Stalin von 1927 bis 1953.

durch eine Parteihierarchie ersetzt und die persönliche Freiheit des Einzelnen nach dem neuen Herrschaftsverständnis noch weiter eingeschränkt.

Für die kurze Zeit der Revolution und die Jahre des Bürgerkrieges in Russland mag dieses, auf eine kleine Clique zugeschnittene, hierarchisch-dirigistische und ganz und gar undemokratische Machtprinzip für den Machtgewinn der Bolschewiki noch hilfreich gewesen sein. Doch die sowjetische Gesellschaft hat sich von dieser Erblast nie befreien können, auch nicht unter Gorbatschow. Ohne die selbst von Karl Marx geforderte freie Entwicklungsmöglichkeit der Person fehlte ihr eine der wichtigsten Voraussetzungen, in der sich globalisierenden und freier konkurrierenden Welt prosperieren zu können.¹³ Den sich beschleunigenden technologischen Entwicklungen des Westens konnten die Sowjetunion und die an sie fest gebundenen Staaten des Ostblocks mit ihren von den Parteizentralen administrierten Wirtschaften nicht mehr folgen. Man könnte sagen, dass der Untergang des Sowjetimperiums in der kompromisslos leninistisch organisierten Sowjetgesellschaft vorprogrammiert gewesen ist. Lernfähiger in der doch vergleichbaren Situation war die Kommunistische Partei Chinas, die sich unter Deng Xiaopings¹⁴ Führung durch ihren wirtschaftlichen Pragmatismus von manchen dieser Fesseln hat befreien können, ohne dabei ihre zentralistische Macht preisgegeben zu haben.¹⁵

Die UdSSR konnte infolge des alliierten Sieges im Zweiten Weltkrieg militärisch zwar noch eine imperiale Macht werden, doch war es ein Fehler der Stalinschen Politik, den besetzten Ländern die bolschewistischen Herrschaftsstrukturen aufzuzwingen, ohne den Willen und die nationalen Traditionen der betroffenen Völker auch nur in Erwägung zu ziehen. Es handelte

.....
¹³ Auch das nachsowjetische Rußland scheint diesem Schicksal verhaftet zu bleiben.

¹⁴ Deng Xiaoping (22.8.1904–19.2.1997) führte die Volksrepublik China nach Mao Zedongs Tod von 1979 bis 1997.

¹⁵ Erwähnt werden sollte in diesem Zusammenhang, dass selbst die vormalige britische Kronkolonie Hongkong nach ihrer Rückgabe 1997 an China eine für die chinesische Volksrepublik wirtschaftlich vorteilhafte Sonderverwaltungszone mit gewissen autonomen Rechten geblieben ist.

sich hierbei um eine sowjetische Kolonialisierung unter Mithilfe der jeweiligen nationalen kommunistischen Machteliten, die die Stalinschen Säuberungen seinerzeit im Moskauer Exil überlebt hatten. Für die Aufgaben, die sie in ihren Ländern zu spielen hatten, waren sie von der Stalinschen Administration im Vorfeld genauestens vorbereitet worden.^[6]

Von der Bevölkerung der besetzten Länder war natürlich Widerstand gegen diese Okkupationspolitik zu erwarten; und der kommunistische Machtanspruch konnte in der Folgezeit auch nur gesichert werden, indem die Volksaufstände vom 17. Juni 1953 in der DDR, vom Juni 1956 im polnischen Poznan/Posen und Oktober 1956 in Ungarn sowie der „Prager Frühling“ 1968 rigoros niedergeschlagen wurden. In diesem Zusammenhang darf auch der Bau der Berliner Mauer am 13. August 1961 nicht ungenannt bleiben. Dieses gewaltsame Geschehen blieb den betroffenen Menschen im Gedächtnis haften, und es disziplinierte sie. Aber ihre Hoffnung auf Liberalisierung ihres Landes und ihre Sehnsucht auf eine Rückkehr nach Europa starben nie, auch wenn eine sichtbar agierende Opposition in diesen Ländern, mit der Ausnahme Polens, lange Zeit nur eine gesellschaftliche Randerscheinung blieb.

Der Westen hat selbst diese kleine Opposition, die als Stachel im Fleisch der kommunistischen Länder zwar sehr willkommen war, nicht selten als einen störenden Faktor für die eigene Politik empfunden.¹⁶ Hatte er doch in der von den Warschauer-Pakt-Staaten angestoßenen Entspannungspolitik der siebziger Jahre ganz auf den, auch für ihn vorteilhaften, Status quo gesetzt und der Sowjetunion vorbehaltlos all ihre territorialen Herrschaftsansprüche in den ost-mitteleuropäischen Ländern zugebilligt. Nach den Befindlichkeiten der betroffenen Völker ist dabei erst gar nicht gefragt worden. Aber gerade diese Art Appeasementpolitik, die zugleich von der größten und den Frieden gefährdenden Aufrüstung aller Zeiten konterkariert wurde, konnte von jener Opposition nicht akzeptiert werden. Friedensverantwortung wurde zur brennenden gesellschaftlichen Frage, in Ost wie in West, obwohl sie sich hier und dort sehr

.....
¹⁶ Die SPD mied die Opposition in Ost-Mitteleuropa nicht nur unter Bundeskanzler Willy Brandt (8.12.1913–8.10.1992). Sie betrieb seit ihrem Regierungsverlust eine Nebenaußenpolitik mit der SED.

unterschiedlich zeigte. Und aus den in der realsozialistischen Wirklichkeit nicht austragbaren Widersprüchen erwachsen die für den außenstehenden Betrachter so schwer einschätzbaren Konflikte in diesen Gesellschaften, die sich von Land zu Land auch noch unterschieden. Dieser Zustand, wie auch die stets schwierige Wirtschaftslage, wurde von den Menschen dort als zukunftsbedrohend empfunden. Hoffnung auf Besserung im bestehenden Gesellschaftssystem gab es in keinem der Länder des Ostblocks. Und dessen waren sich ihre Parteiführungen auch bewusst.

Der Unabhängigkeitsdrang von sowjetischer Bevormundung war besonders ausgeprägt in Polen, wo er erkennbar nationale Züge trug. Dort beteiligte sich die Bevölkerung auch nach dem blutig niedergeschlagenen Posener Aufstand von 1956 an Demonstrationen und Streiks. Im März 1968 demonstrierten Studenten vielerorts gegen den staatlich praktizierten Antizionismus, gegen die Zensur und für Bürgerrechte im Lande. Im Dezember 1970 streikten die Werftarbeiter, 1976 gab es Unruhen in Radon und anderen Orten gegen Preiserhöhungen, und die ganz Polen erfassende Solidarność-Bewegung vom August 1980 konnte sogar erst im Dezember 1981 durch das Kriegsrecht eingedämmt werden.^[7] In dieser großen Zeit der Solidarność war der kommunistischen Regierung sogar ein Denkmal für die Opfer des Posener Aufstands von 1956 sowie der späteren Aufstände abgerungen worden, das 1981 in der Nähe des Residenzschlosses der Stadt errichtet worden war. Es ist dort bemerkenswerterweise und wohl nicht ganz zufällig auch nach dieser Zeit stehengeblieben.

Die Sowjetunion, die sich seit 1979 in dem für sie verheerenden Afghanistan-Krieg befand, befürchtete eine Destabilisierung Polens. Deshalb verlangte Breshnew¹⁷ auf dem Moskauer Treffen der Generalsekretäre der Ostblockstaaten am 5. Dezember 1980 von den polnischen Genossen, selbst eine „Wende“ gegen die Konterrevolution in ihrem Lande zu entfalten.^[8] Er wagte es schon nicht mehr, nach der nach ihm benannten

.....
¹⁷ Leonid Iljitsch Breshnew (1.1.1907–10.11.1982), 1964–1982 Parteichef der KPdSU.

Breshnew-Doktrin¹⁸ zu handeln, wie Honecker¹⁹ das dort gefordert hatte:^[9]

„Wenn die Arbeiter- und Bauernmacht [...] vor konterrevolutionären Kräften geschützt werden muß, die entschlossen sind, aufs Ganze zu gehen, dann bleibt keine andere Wahl als der Einsatz der Machtorgane des Arbeiter- und Bauern-Staates. Das sind unsere Erfahrungen aus dem Jahre 1953. Das zeigen die Ereignisse von 1956 in Ungarn [...] und von 1968 in der ČSSR.“

In seinem Redeentwurf leistete Honecker gar einen Offenbarungseid:

„Blutvergießen ist für uns nicht das erste, sondern das letzte Mittel“.

Zynischer konnte die realsozialistische Lebenswirklichkeit gar nicht beschrieben werden, aber auch nicht kompetenter. Honecker hielt diese „Wende“ in Polen kaum mehr für möglich. Er sah die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei (PVAP) bereits im „Würgegriff der Konterrevolution“,^[10] denn ihr Statut ließ horizontale Strukturen zu,²⁰ also die Verletzung der Leninschen Normen des Demokratischen Zentralismus und damit die Gefährdung der führenden Rolle der Partei. Das war für Honecker ein Sakrileg, und er warnte Breshnew am 3. August 1981 bei einer Besprechung auf der Krim:^[11]

„Wir dürfen die Möglichkeit, daß die polnische Krankheit sich ausbreitet, nicht unterschätzen.“

.....
¹⁸ „Die Souveränität der einzelnen Staaten findet ihre Grenze an den Interessen der sozialistischen Gemeinschaft“, hieß es am 13.11.1968 in der Prawda, den Einmarsch des Warschauer Pakts 1968 in die ČSSR und später den Krieg in Afghanistan rechtfertigend. – Die Doktrin ist vergleichbar mit der Heiligen Allianz Zar Alexanders I., die dem Schutz europäischer Monarchien vor liberalen Bestrebungen galt.

¹⁹ Erich Honecker (25.8.1912–29.5.1994), seit 1930 KPD, maßgeblicher Organisator des Baus der Berliner Mauer, mitverantwortlich für den Schießbefehl, in den 70er und 80er Jahren Generalsekretär des ZK der SED, Staatsratsvorsitzender der DDR und Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates.

²⁰ Offene Proteste hatten die PVAP 1976/77 gehindert, ihre Führungsrolle in der Verfassung festzuschreiben.